

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
06.09.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt
Vorlage: 17/SVV/0175
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.2 Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag
im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs
Vorlage: 17/SVV/0539
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.3 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite
Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.4 Neufassung der Taxitarifverordnung
Vorlage: 17/SVV/0705
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
 - 3.5 ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen
Vorlage: 17/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE
(zur Erledigung)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Agenda 2030 - Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0592
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
 - 4.2 Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in Verbindung
mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0739
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und
Ordnung

- 4.3 Entwicklungsbereich Krampnitz - 15. Sachstandsbericht
Vorlage: 17/SVV/0743
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH in 2016
Vorlage: 17/SVV/0744
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.5 Informationen zur Ausschreibung des Live-Streams der
Stadtverordnetenversammlung
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.6 Verständigung zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des gefassten
Beschlusses zur Biosphäre (DS 17/SVV/0370)
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- 4.7 Vorstellung des Jahresthemas "1000 Jahre und ein Vierteljahrhundert - 1025
Jahre Potsdam"
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.8 Zwischenbericht zur AG Wohnungstausch
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und
Ordnung
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 06.09.2017
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 06.09.2017**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Rederecht:

- **Frau Tina Lange, Sprecherin der Bürgerinitiative Fahrland**, beantragt Rederecht zu den **Tagesordnungspunkten 3.5, ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen** und **4.2, Einwohnerversammlung im OT Fahrland**. Frau Lange bittet darum, diese Tagesordnungspunkte zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Dem Rederecht von Frau Lange wird einstimmig **zugestimmt**.

Zurückzustellen ist:

- der **Tagesordnungspunkt 3.4, Neufassung der Taxitarifverordnung, DS 17/SVV/0705**, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

Zu ergänzen ist:

- Unter **4., Mitteilungen der Verwaltung**, sollen die **Tagesordnungspunkte 4.9, Genehmigung KIS-Wirtschaftsplan** und **4.10, Information zum Förderprogramm Soziale Integration im Quartier**, ergänzt werden.

Änderungen in der Reihenfolge:

- Die **Tagesordnungspunkte 3.5, ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen** und **4.2, Einwohnerversammlung im OT Fahrland** sollen auf Wunsch von Frau Lange zu Beginn der Sitzung behandelt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 63. Sitzung des Hauptausschusses vom 06.09.2017 wird mehrheitlich, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.5 ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen
Vorlage: 17/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE**

Die Tagesordnungspunkte 3.5, ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen und 4.2, Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in

Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam werden, wie in der Abstimmung zur Tagesordnung vereinbart, vorgezogen und zusammen zu Beginn der Sitzung behandelt.

Frau Lange, Sprecherin der Bürgerinitiative Fahrland, nimmt zum Einstieg in die genannten Tagesordnungspunkte ihr Rederecht wahr und weist auf die in der Einwohnerversammlung besprochenen Probleme bezüglich des Kita- und Schulausbaus sowie notwendige Gehwegsanierungen hin. Insbesondere die Schulwegsicherheit sei in Fahrland auf Grund „wild“ parkender Autos nicht gegeben. Auch die ÖPNV-Anbindung sei mangelhaft. Hier habe die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH laut Frau Lange jedoch schon Nachbesserungen angekündigt und 3 weitere Busse für den Ortsteil Fahrland sowie Fahrplananpassungen in Aussicht gestellt. Sie fordert weiter den Ausbau des Bahnhofs Marquardt und kündigt eine geplante Sternfahrt zu diesem an. Im Namen der Bürgerinitiative Fahrland bittet Frau Lange um die Unterstützung der Stadtverordneten bei der Behebung der angesprochenen Probleme.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Lange und ruft den **Tagesordnungspunkt 3.5** auf.

Frau Dr. Schröter bringt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein und weist darauf hin, dass die nördlichen Ortsteile nicht angemessen an den ÖPNV angeschlossen seien. Für die weiteren Planungen müsse insbesondere der erwartete starke Einwohnerzuwachs berücksichtigt werden. Sie weist jedoch auch darauf hin, dass nicht alle Akteure, wie bspw. die Deutsche Bahn AG, dem Einfluss der Landeshauptstadt Potsdam unterliegen.

Herr Wartenberg berichtet darüber, dass ihm eine schriftliche Stellungnahme der ViP Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH vom 18.09.2017 vorliege. Die Verkehrsbetriebe gäben in dieser an, dass der Takt der Winterfahrpläne angepasst wird und die Buslinien zu den nördlichen Ortsteilen verstärkt werden. Er schlage deshalb vor, die Drucksache für „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären.

Herr Heuer betont, dass der Antrag gemeinsam durch die Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU/ANW erarbeitet wurde. Frau Dr. Müller geht auf die Wortmeldung von Herrn Wartenberg ein und weist darauf hin, dass die schriftliche Stellungnahme der ViP ihr nicht vorliege. Die Drucksache könne auch nicht als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden, da die Verwaltung gar nicht tätig geworden sei.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass niemand von den Verkehrsbetrieben anwesend ist und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen.

Frau Dr. Schröter bittet den Oberbürgermeister darum, die Stellungnahme der ViP an die Bürgerinitiative sowie an die Fraktionen weiterzuleiten.

Der Oberbürgermeister gestattet Frau Lange weitere Ergänzungen vorzutragen. Frau Lange berichtet darüber, dass aus ihrer Sicht nicht alle kritischen Punkte mit der ViP geklärt seien und geht dabei insbesondere auf die Anbindung nach Spandau, die Busverbindung zum Bahnhof Marquardt sowie notwendige Taktverdichtungen ein.

Herr Schüler stimmt dem Vorschlag der Zurückstellung zu und regt an, zur

nächsten Sitzung des Hauptausschusses einen Vertreter der Verkehrsbetriebe einzuladen. Der Oberbürgermeister sagt dies zu. Frau Armbruster zeigt sich insbesondere an den mit den Forderungen verbundenen Kosten für die ViP interessiert. Die vorgeschlagene Zurückstellung des Antrages wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Im Ergebnis wird der Antrag einstimmig bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 11.10.2017 zurückgestellt.

zu 4.2 Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0739

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet und das Plenum erhält die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Frau Schulze möchte von Herrn Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung wissen, ob geplant sei Arbeitsgruppen zu bilden, um die Ergebnisse aus der Einwohnerversammlung zu bearbeiten. Herr Schubert informiert, dass die Ergebnisse auch andere Geschäftsbereiche betreffen und die fachlich zuständigen Kollegen dort selbstständig entscheiden. Für den Kita-Bereich solle jedoch eine Arbeitsgruppe gebildet werden.

Frau Schulze regt weiter an, dass ein fortwährender Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern wünschenswert sei. Herr Schubert entgegnet, dass bereits drei Bürgerveranstaltungen in Fahrland durchgeführt worden seien und weitere Termine nach Bedarf festgelegt werden sollen. Die Anzahl der Termine müsse für die Verwaltung jedoch leistbar sein.

Die Mitteilungsvorlage wird anschließend zur Kenntnis genommen.

zu 3.1 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt

Vorlage: 17/SVV/0175

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, dass der Antrag im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr für „durch Verwaltungshandeln erledigt“ erklärt wurde. Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt gibt, lässt der Oberbürgermeister darüber abstimmen, ob der Antrag auch im Hauptausschuss als durch Verwaltungshandeln erledigt festgestellt werden soll:

Der Antrag wird einstimmig als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt.

**zu 3.2 Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag
im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs
Vorlage: 17/SVV/0539**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein. Herr Heuer erklärt anschließend, er habe „große Bauchschmerzen“ mit dem Prozedere der Erarbeitung des städtebaulichen Vertrages gehabt und geht weiter auf eine Reihe von Änderungen ein, die durch seine Fraktion in Abstimmung mit dem Eigentümer des Grundstücks erarbeitet wurden. Die Änderungen betreffen folgende Punkte im Vertrag:

- *In § 2 Abs. 7 Buchstabe a) wird formuliert: „(...) an mindestens 12 Tagen an Wochenenden monatlich über das Kalenderjahr nach Wahl der Vorhabensträgerin (...)“*
- *§ 2 Abs. 7 Buchstabe b) entfällt*
- *In § 2 Abs. 7 Buchstabe c) wird formuliert: „ist ein schwerer Vandalismusschaden im Sinne des vorstehenden Satzes 2 zu verzeichnen (...), ist die Vorhabenträgerin zur sofortigen einseitigen Aufhebung der Regelung zu Buchstabe a) für die nächsten drei Öffnungstage berechtigt. Vor der Aufhebung der Parköffnung wegen Vandalismusschadens ist die Stadt unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen. Stadt und Vorhabenträgerin stimmen das gemeinsame weitere Vorgehen miteinander ab. Sie treffen eine Vereinbarung über die Kostenaufteilung zur Beseitigung von Vandalismusschäden.“*

Herr Kirsch fragt, ob die angesprochenen Änderungen mit dem Eigentümer des Grundstücks abgesprochen seien. Herr Heuer antwortet, dass die Änderungen zwar grundsätzlich, aber noch nicht im Detail mit dem Eigentümer abgestimmt seien.

Frau Dr. Schröter betont, dass ihr auch die geänderten Vereinbarungen zur Öffnung der Parkanlage noch nicht weit genug gehen und fordert, die Vorlage zur weiteren Beratung in den Fraktionen zurückzustellen. Herr Kirsch spricht sich gegen die Zurückstellung aus, da es dem Eigentümer nicht zuzumuten sei, den Prozess noch weiter in die Länge zu ziehen. Auch sei nicht gewiss, ob weiterführende Änderungen im Vertrag auf eine positive Resonanz beim Eigentümer des Grundstücks stoßen würden.

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, betont, dass das Angebot des Grundstückseigentümers zur weiteren Öffnung der Parkanlage seine Bereitschaft zeige, der Landeshauptstadt Potsdam entgegenzukommen. Die öffentliche Hand solle auch deshalb für eventuell entstehende Schäden durch Vandalismus aufkommen.

Frau Müller bittet ebenfalls darum, die Vorlage zurückzustellen, da es noch Gesprächsbedarf gebe und die angesprochenen Änderungen der Fraktionen SPD nicht schriftlich vorliegen.

Herr Schüler stellt die Frage, ob der Hauptausschuss die vorgeschlagenen Änderungen von Herrn Heuer mittragen wolle. Er fordert, dass über die Änderungen diskutiert werden solle und regt des Weiteren dazu an, eine Regelung zu finden, wie die Landeshauptstadt Potsdam für Vandalismusschäden an der Parkanlage aufkommen könne.

Der Oberbürgermeister fasst die Diskussion noch einmal zusammen. Eine Änderung der Vandalismusklausel sei aus seiner Sicht möglich. Anschließend stellt er die beantragte Zurückstellung der Vorlage zur Abstimmung.

Im Ergebnis wird die Vorlage einstimmig bis zum nächsten Hauptausschuss am 11.10.2017 zurückgestellt.

- zu 3.3 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"**
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Zusammen mit der DS 17/SVV/0539 zurückgestellt bis zum 11.10.2017.

- zu 3.4 Neufassung der Taxitarifverordnung**
Vorlage: 17/SVV/0705
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Zurückgestellt bis zum 11.10.2017, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (10.10.2017) fehlt.

- zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 4.1 Agenda 2030 - Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 17/SVV/0592
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, bringt die Mitteilungsvorlage ein und schlägt zur weiteren Verfahrensweise vor, die angesprochenen Themen in den jeweiligen Fachplanungen zu berücksichtigen. Von einer Pflicht zur weiteren Berichterstattung bittet er abzusehen.

Frau Dr. Schröter bedankt sich bei Herrn Kümmel und bestätigt, dass viele der in der Mitteilungsvorlage angesprochenen Maßnahmen zielführend seien. Eine weitere Berichterstattung zur Umsetzung der angesprochenen Maßnahmen wäre aus ihrer Sicht jedoch wünschenswert.

Der Oberbürgermeister fragt, wann eine weitere Berichterstattung erfolgen soll. Frau Müller schlägt den letzten Hauptausschuss vor Ende der Wahlperiode vor. Der Oberbürgermeister sagt die so gewünschte Berichterstattung zu.

Die Mitteilungsvorlage wird anschließend zur Kenntnis genommen.

- zu 4.3 Entwicklungsbereich Krampnitz - 15. Sachstandsbericht**
Vorlage: 17/SVV/0743
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, dass die Sachstandsberichte immer auch in die Ortsbeiräte Fahrland und

Neu Fahrland überwiesen werden sollen.

Frau Dr. Schröter fragt, ob es eine Zeitschiene für ein neues städtebauliches Konzept gebe und wie nach der negativen Berichterstattung in den Medien über die Deutsche Wohnen SE mit dieser umgegangen werden soll.

Der Oberbürgermeister berichtet, dass die Landeshauptstadt Potsdam durchweg positive Erfahrungen mit der Deutsche Wohnen SE gemacht habe. Der Konflikt zwischen dem Land Berlin und der Deutsche Wohnen SE sei schon länger bekannt.

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, berichtet ergänzend von einem beispielhaften Umgang der Deutsche Wohnen SE mit denkmalgeschützten Gebäuden. Der städtebauliche Wettbewerb würde unter Beteiligung des Stadtentwicklungsausschusses gerade beginnen. Das städtebauliche Konzept solle dann im März 2018 vorliegen.

Frau Armbruster verweist auf den Beschluss 15/SVV/0283, Integriertes Energie- und Mobilitätskonzept Krampnitz und erklärt, dass sich nicht alle Forderungen aus dem Beschluss in der Mitteilungsvorlage wiederfinden würden. Sie gehe jedoch davon aus, dass der Beschluss entsprechend berücksichtigt und umgesetzt werde. Herr Rubelt bestätigt dies. Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass alle städtischen Unternehmen an die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gebunden seien.

Herr Schultheiß fragt, ob auch die Tram nach Krampnitz im Konzept berücksichtigt wird. Herr Rubelt bestätigt auch das.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.4 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH in 2016 Vorlage: 17/SVV/0744

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Westphal, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH, geht zu Beginn des Tagesordnungspunktes noch einmal auf offene Fragen aus dem letzten Hauptausschuss ein. Im Anschluss beginnt er mit seiner Präsentation über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH in 2016.

Herr Kirsch geht auf die Wohnungstauschbörse ein und berichtet, dass das Tauschprogramm bisher nicht richtig funktioniere. Er schlage deshalb ein neues Modell vor, bei dem beim Wohnungstausch die Höhe der Miete je Quadratmeter von der alten, größeren Wohnung in die neue, kleinere Wohnung übernommen werden soll. Herr Westphal bedankt sich für die Anregung und ergänzt, dass die ProPotsdam gern neue Instrumente prüfe.

Herr Sändig betont, dass eine 10-prozentige Senkung der Miete nicht zum Wohnungstausch anrege und fragt, ob die angesprochenen 8 Millionen Euro an entgangenen Einnahmen auf Grund von nicht ausgenutzten Spielräumen bei der Erhöhung der Mieten realistisch seien. Herr Westphal antwortet, dass es sich hierbei um eine kalkulatorische Größe handeln würde. Über das Konzept der Wohnungstauschbörse solle zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal genauer berichtet werden.

Herr Heuer bestätigt, dass ein kommunales Wohnungsbaununternehmen auch auf

Einnahmen verzichten könne. Er gibt jedoch zu bedenken, dass dieses Geld dann für den Bau neuer Wohnungen fehle.

Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über die Wohnungstauschbörse, zur Höhe der Mieten sowie zum An- und Verkauf von Immobilien durch die ProPotsdam GmbH.

Nach Abschluss der Diskussion wird die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.5 Informationen zur Ausschreibung des Live-Streams der Stadtverordnetenversammlung

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Schulz, Bereichsleiter Presse und Kommunikation, berichtet mündlich über die Ausschreibung des Live-Streams der Stadtverordnetenversammlung für das Jahr 2018. Er informiert, dass der aktuelle Vertrag Ende des Jahres 2017 auslaufe und die Unterlagen für die Ausschreibung für das kommende Jahr bereits vorbereitet seien. Eine Abstimmung mit den Fraktionen und der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung sei bereits erfolgt. Zukünftig soll der Live-Stream, wie bereits im Test im Mai 2017, mit drei Kameras und der Untertitelung der Sprecherinnen und Sprecher gestaltet sein. Die Ausschreibung solle zunächst für ein Jahr erfolgen.

Frau Armbruster fragt, ob es Daten zur Nutzung des Live-Streams gebe. Herr Schulz antwortet, dass die Zahl bei etwa 100 Zuschauern je Sitzung liege. Die Aufzeichnungen der Sitzungen, die ebenfalls online zur Verfügung stünden, würden jedoch öfter angeschaut.

Frau Schulze fragt nach der genauen Zahl der Nutzenden, die sich die Aufzeichnungen der Sitzungen anschauen würden. Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, bietet an, diese Zahl nachzuliefern.

Die Mitteilung wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.6 Verständigung zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des gefassten Beschlusses zur Biosphäre (DS 17/SVV/0370)

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, führt in den Tagesordnungspunkt ein. Frau Schmidt, Sachbearbeiterin Ideen- und Beschwerdemanagement und Maerker-Redakteurin, fährt anschließend mit der Präsentation des Verfahrensvorschlag zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des gefassten Beschlusses zur Biosphäre fort. Die Präsentation wird der Niederschrift zur Sitzung beigelegt.

Herr Heuer betont das er gut finde, dass es direkt zu Beginn eine Steuerungsgruppe geben solle und das der präsentierte Verfahrensvorschlag nur ein Vorschlag sei. Die inhaltliche Arbeit solle nun in der Steuerungsgruppe stattfinden.

Frau Dr. Schröter spricht sich für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aus, die vorgeschlagene Zeitabfolge sei jedoch zu lang. Besonders die Phase 0 und

die Phase 1 sollten aus ihrer Sicht kürzer sein. Herr Rubelt bestätigt diese Sichtweise, gibt jedoch zu bedenken dass das „Zeitkorsett“ nicht zu eng sein sollte. Den Prozess schneller zu gestalten sei jedoch möglich.

Herr Finken spricht sich ebenfalls für die Steuerungsgruppe und für eine Verkürzung des Prozesses aus. Diese Verkürzung dürfe jedoch nicht zu Lasten der Qualität sein. Grundsätzlich begrüße seine Fraktion das Vorgehen.

Frau Armbruster begrüßt das Vorgehen ebenfalls. Sie hält jedoch den Widerspruch zwischen den Ansprüchen der direkten Anwohnenden und den Ansprüchen der „restlichen Stadt“ für schwierig.

Der Oberbürgermeister fasst die Diskussion noch einmal zusammen und spricht sich ebenfalls für eine Beschleunigung des Prozesses aus. Die Mitteilung wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.7 Vorstellung des Jahresthemas "1000 Jahre und ein Vierteljahrhundert - 1025 Jahre Potsdam"

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, geht in einer Präsentation auf den Anlass, das Ziel, den „zentralen Anker“ sowie auf die geplanten Veranstaltungen der Kampagne „1000 Jahre und ein Vierteljahrhundert – 1025 Jahre Potsdam“ ein. Sie regt in diesem Zusammenhang an, dass der Antrag „Denkmalschutzjahr 2018“, Drucksache 17/SVV/0611, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überdacht werden solle.

Frau Armbruster fragt, warum sich keine Vertreter der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und auch keine anderen Historiker in der Kerngruppe befinden würden und ob es sich um eine reine PR-Kampagne handeln würde.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass es sich nicht um eine reine PR-Kampagne handele, auch mit kritischen Themen wie Demokratie oder etwa Hausbesetzungen solle sich im Rahmen der Kampagne befassen werden. Selbstverständlich solle die Kampagne jedoch auch dem Tourismus dienen. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg werde in die Kampagne mit eingebunden.

Frau Dr. Sommer ergänzt, dass die Veranstaltungen zur Kampagne bereits online einzusehen seien. Die Kampagne habe den Anspruch unterschiedliche und auch kritische Themen zu behandeln.

Die Mitteilung wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.8 Zwischenbericht zur AG Wohnungstausch

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt anschließend an Herr Jekel, Bereichsleiter Wohnen.

Herr Jekel berichtet, dass seit März 2017 drei weitere Termine der AG Wohnungstausch stattgefunden haben. Die Beschlussvorlage befinde sich aktuell in der Erstellung und es soll eine zweijährige Modellphase geben. Das aktuelle Modell der ProPotsdam GmbH solle auch auf andere Wohnungsgesellschaften ausgeweitet werden. Das konkrete Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2017 vorgestellt werden.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass finanzielle Mittel für die anstehende Umsetzung des Beschlusses benötigt würden und fragt, ob diese im Haushalt eingeplant seien. Herr Schubert antwortet, dass die Mittel dafür für die Jahre 2018 und 2019 eingestellt seien.

Im Anschluss wird die Mitteilung **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.9 Genehmigung KIS-Wirtschaftsplan

Herr Exner, Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass der Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) uneingeschränkt durch die Kommunalaufsicht genehmigt worden sei. Der Wirtschaftsplan könne somit in Kürze veröffentlicht werden.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.10 Information zum Förderprogramm Soziale Integration im Quartier

Frau Aibel, Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport, berichtet darüber, dass es keines der durch die Landeshauptstadt Potsdam vorgeschlagenen Projekte in die nächste Runde des Förderprogramms Soziale Integration im Quartier geschafft habe. Das weitere Vorgehen werde nun geprüft.

Der Oberbürgermeister fragt, ob diese Entscheidung endgültig sei. Frau Aibel antwortet, dass dies scheinbar der Fall sei.

Frau Armbruster fragt, ob den Mitgliedern des Hauptausschusses die Höhe der Antragssummen genannt werden könne. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die nachgefragten Summen Bestandteil der entsprechenden Mitteilungsvorlage der letzten Stadtverordnetenversammlung gewesen und damit bekannt seien.

Frau Dr. Schröter stellt die Frage, ob noch weitere Programme „angezapft“ werden sollen. Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, antwortet, dass die möglichen Förderkulissen ausgenutzt werden.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 5 Sonstiges

Einladung Info-Abend Sansibar

Frau Müller lädt zum Informations-Abend über die zurückliegende Reise nach Sansibar ein und fragt, ob Interesse an einem solchen Abend bestehe. Als Termin schlägt Sie den Tag des nächsten Ältestenrats, den 7. November 2017,

ab 18 Uhr vor. Der Informations-Abend soll etwa 30-45 Minuten dauern. Das Plenum signalisiert Zustimmung. Eine Einladung zum Informations-Abend soll folgen. Der Oberbürgermeister kündigt spontan sein Kommen an.